

## Commentaires Nr. 31

Frankfurt, 31. Dezember 2023

Es ist die Zeit der Neujahrswünsche. Dabei hilft uns Schönreden nicht weiter. Im Mai hat Staatspräsident Macron das Skript seiner Bratislava-Rede zur EU-Erweiterung Berlin vorgelegt: keine Reaktion...Im September war – erstmalig - beim Evian-Treffen der deutsch-französischen Wirtschaftslenker kein einziger Vertreter der deutschen Bundesregierung vorgesehen (in letzter Sekunde wurde Staatssekretärin Dr. Brantner eingeflogen). Vor dem Hamburger Gipfel im Oktober hat die französische Regierung der Bundesregierung vorgeschlagen gemeinsam GPU-Chips zu kaufen, um niedrigere Preise zu erhalten. Der Staatssekretär und Scholz-Vertraute Kukies hat es verweigert, weil „*der Markt es regeln soll*“.

Mit dem Karlsruher Urteil muss sich die Bundesregierung fragen, welche europäischen / deutsch-französischen Ziele dabei priorisiert werden. Wie herausfordernd die Beantwortung ist, zeigt der „Doppel-Wumms“, dem 200 Milliarden Euro Hilfspaket für sinkende Strom-und Gaspreise in Deutschland. Es sollte der Befreiungsschlag von der russischen Gas-Abhängigkeit und dem überhöhten Strompreis sein, um Bürger zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Deutschland hat sich die finanziellen Spielräume durch Sparen (auch an Infrastruktur) ermöglicht, muss sich aber fragen, ob es somit nicht zur Spaltung der Union führen könnte, weil kein anderer Staat sich solche Stützungspakete leisten kann. Ähnlich geht es beim Überbieten an Subventionen, um ausländische Investoren zu locken, wie die 10 Mrd. um Intel für Brandenburg zu gewinnen.

Henry Kissinger mahnte im Bloomberg-Interview anlässlich seines 100. Geburtstags, dass Deutschland, wie nach dem Rücktritt Bismarcks, an einem Scheideweg sei. Die “Tragödie”, die nur wenige Jahrzehnte später zu zwei Weltkriegen führte, lag in der damaligen Unfähigkeit Deutschlands, seine eigene “Transformation” als größte europäische Kontinentalmacht zu erkennen, ohne die Nachbarstaaten zu brüskieren.

Gemeinsam gemeinsame Ziele verfolgen sollte die Überschrift der neuen Priorisierung sein. Auf das Ziel der CO2-Neutralität bis 2050 haben sich alle europäischen Staaten geeinigt. (Noch?) nicht einig sind sie sich über den Weg dahin. *Deutschland* ärgert sich über eine der von Frankreich ergriffene Maßnahme zur Begrenzung des CO2-Ausstoßes: Wagen mit einem Gewicht über 1,6 Tonnen werden ab dem 1. Januar 2024 besonders besteuert, was u.a. die großen SUVs und deutsche Hersteller trifft. *Frankreich* ärgert sich seit 2015 über den deutschen AKW-Ausstieg - im Alleingang. In Dubai plädierte Emmanuel Macron bei der COP 28 für den schnellen Ausstieg aus der Kohle-Energie und den Ausbau von Atomenergie. Dank der Geschmeidigkeit der englischen Sprache wurde schlussendlich das „*transitioning away*“ von fossilen Energien beschlossen.

Nun zu den Wünschen. **Wunsch Nr. 1:** Nicht Handeln hat einen hohen Preis. Es würde zu einer Erwärmung von 3,5° führen. Die Kosten der dadurch verursachten Naturkatastrophen (insb. Flut- und Orkanschäden) würden sich allein für Frankreich auf ca. 260 Mrd. Euro p.a. (=10 % des BIP, so die staatliche Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie (ADEME). Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss die Produktion erneuerbarer Energien bis 2030 verdreifacht und die dafür erforderlichen Rohstoffe gesichert werden. Entwicklungsländer sind besonders von fossilen Energien abhängig: aufgrund ihrer knappen finanziellen Ressourcen, muss ihnen dabei geholfen werden. Der in Dubai beschlossene Fonds Altèrra soll bis 2030 im Schulterschluss mit Privatinvestoren wie Blackrock 250 Milliarden Dollar mobilisieren. Bis dato sind es ca. 60 Milliarden, davon die Hälfte von den Emiraten selbst, die somit vom Empfänger - zum Geberland werden. Eine gemeinsame europäische (deutsch-französische) Strategie war nicht wahrzunehmen. Es ist größte Zeit, dass die nächste COP (im November 2024 in Baku) und gemeinsam Maßnahmen zur Erreichung der gemeinsam gewünschten CO2 Neutralität formuliert werden.

**Wunsch 2:** Klima – und Wirtschaftsauswanderung werden zunehmen, vor allem aus Afrika. Die afrikanische Bevölkerung wird sich bis 2050 von derzeit 1,3 auf 2,5 Milliarden fast verdoppeln. Es liegt in unserem ureigenen Interesse für Arbeitsplätze vor Ort zu sorgen. Im Juni 2023 gab es in Paris auf Einladung von Emmanuel Macron eine Initiative für einen neuen Weltfinanzpakt, um die Corona- und Zinssteigerungslast der Südstaaten zu mildern. Im November folgte in Berlin auf Einladung von Olaf Scholz der G-20 Gipfel „Compact with Africa“, um für Investitionen im Süden zu werben. Weiter so!

**Wunsch Nr. 3:** Für den „Economist“ ist die größte Gefahr für das kommende Jahr die Wiederwahl von Donald Trump, der uns Europäer mit „America First“ testen wird, ob in der Ukraine oder in Wirtschaftsfragen. Wladimir Putin hat das Verbot für Atomwaffentests (am 2. November) aufgehoben und wettet auf die Wiederwahl von Donald Trump, der Frieden durch Einstellung der Unterstützung der Ukraine ankündigt. Schon heute blockieren deshalb die Republikaner die Verabschiedung des US-Haushalts. Zwecks größerer europäischer Unabhängigkeit wird Frankreich mehr Ukraine-Unterstützung leisten und Deutschland sich klar für deutsch-französische Rüstungsprojekte (vom Panzer bis zum Kampfjet) positionieren müssen.

#### Ukraine-Hilfe (Zahlen in Mrd. Euro)

	Insgesamt	Finanziell	Humanitär	Militär
<b>Insgesamt</b>	<b>247,1</b>	<b>132,7</b>	<b>16,7</b>	<b>97,8</b>
USA	<b>75,4</b>	26,4	2,7	<b>46,3</b>
UK	<b>13,8</b>	6,4	0,6	6,9
EU inkl. Mitgliedsstaaten	<b>131,9</b>	83,7	8,4	<b>41,4</b>
EU	<b>81,4</b>	79,1	2,3	
Deutschland	<b>22,1</b>	1,5	2,6	<b>18,1</b>
Frankreich	<b>1,8</b>	0,8	0,4	<b>0,6</b>
Norwegen	<b>7,6</b>	3,7	0,2	3,8

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, Daten per 29. Oktober 2023

**Wunsch Nr. 4:** Der brutale und grauenvolle Angriff der Hamas auf Israel hat ein neues Licht auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft geworfen. Juden fühlen sich erneut bedroht: eine Schande! Bürger der (mehrheitlich islamischen) Zuwanderung identifizieren sich – in Frankreich wie in Deutschland – mit den Palästinensern. Sehr bemerkenswert, weil es das Nahostgeschehen und dessen Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft in die richtige Perspektive rückt, ist die Video-Botschaft des Vize-Kanzlers Habeck (<https://www.youtube.com/watch?v=ZBtAtsdco-8>). In Frankreich hatten schon zuvor die Unruhen zur Absage des Staatsbesuchs in Deutschland im Juni geführt. Ein stärkerer Austausch über Integration, eine gemeinsame Haltung zur Zuwanderung sind das Gebot der kommenden Jahre, beste Antwort auf populistische Sonntagsreden und um das gute Klima für die notwendige Zuwanderung zu schaffen. Zur Linderung des Fachkräftemangels braucht Deutschland 400 Tausend Zuwanderer...pro Jahr: wie es Gerald Braunberger i apropos des Artikels „Populist Leaders and the Economy“ in der Sonntags Allgemeinen Zeitung am 10. Dezember richtig schrieb: „*wirtschaftspolitisch ist der Populismus eine schlechte Alternative*“.

**Wunsch Nr. 5:** Am 9. Juni wird das neue EU-Parlament gewählt. Die Rechtsradikalen wollen zur zweitstärksten politischen Kraft im Parlament aufsteigen. Meloni siegte in Italien, Wilders in den Niederlanden. In Frankreich jubelt der Rassemblement National nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes und ist stärkste politische Kraft. In Deutschland wählte Pirna am 17. Dezember den ersten Oberbürgermeister der AfD, nunmehr eindeutig zweitstärkste Partei in den Meinungsumfragen, die 2024 bei drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern einen weiteren Schub erhalten dürfte. Hoffen wir, dass es Deutschland und Frankreich gelingt ein gemeinsames europäisches Zielbild zu formulieren, welches unser Gesellschaftsmodell im internationalen Wettbewerb behauptet.

**Wunsch Nr. 6:** In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesundes und glückliches Neues Jahr!



Christophe Braouet

## Commentaires Nr. 31

Francfort, 31 décembre 2023

C'est le temps des vœux pour la nouvelle année. Les beaux discours ne suffisent pas. En mai, Emmanuel Macron a présenté à Berlin le script de son discours de Bratislava sur l'élargissement de l'UE : aucune réaction... En septembre, pour la première fois, aucun représentant du gouvernement fédéral allemand n'était prévu à la réunion d'Evian des dirigeants économiques franco-allemands (la secrétaire d'État Dr. Brantner a été dépêchée à la dernière minute). Avant le sommet de Hambourg en octobre, le gouvernement français a proposé au gouvernement allemand d'acheter conjointement des puces GPU afin d'obtenir des prix plus bas. Le secrétaire d'État Kukies, proche de Scholz, a refusé, car "c'est le marché qui doit régler cela".

Avec l'arrêt de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe, le gouvernement fédéral doit se demander quels objectifs européens / franco-allemands sont prioritaires. Le paquet d'aide de 200 milliards d'euros pour la baisse des prix de l'électricité et du gaz en Allemagne, montre à quel point il est difficile d'y répondre. Il s'agissait de se libérer de la dépendance au gaz russe et du prix excessif de l'électricité, afin de soulager les citoyens et de renforcer la compétitivité de l'industrie allemande. L'Allemagne s'est donné une marge de manœuvre financière en économisant (y compris sur les infrastructures), mais elle doit se demander si cela ne risque pas de provoquer une scission au sein de l'Union, car aucun autre État ne peut se permettre de tels plans de soutien. Il en va de même pour la surenchère de subventions visant à attirer les investisseurs étrangers, comme les 10 milliards pour attirer Intel dans le Brandebourg.

Henry Kissinger a averti dans l'interview de Bloomberg à l'occasion de son 100e anniversaire que l'Allemagne, se trouvait à la croisée des chemins comme après la démission de Bismarck. La "tragédie" qui a conduit aux deux guerres mondiales quelques décennies plus tard résidait dans l'incapacité de l'Allemagne de l'époque à reconnaître sa propre "transformation" en tant que plus grande puissance continentale européenne sans brusquer les pays voisins.

Poursuivre ensemble des objectifs communs devrait régir les nouvelles priorités. Tous les États européens se sont mis d'accord sur l'objectif de neutralité CO2 d'ici 2050. Ils ne sont pas (encore ?) d'accord sur la manière d'y parvenir. L'Allemagne s'irrite de l'une des mesures françaises pour limiter les émissions de CO2 : les voitures de plus de 1,6 tonne seront particulièrement taxées à partir du 1er janvier 2024, ce qui touche entre autres les gros 4x4 et les constructeurs allemands. La France s'agace depuis 2015 de la sortie de l'Allemagne du nucléaire en cavalier seul. A Dubaï, lors de la COP 28, Emmanuel Macron a plaidé pour une sortie rapide de l'énergie du charbon (dont dépend fortement l'Allemagne) et pour le développement de l'énergie nucléaire. Finalement, et grâce à la souplesse de la langue anglaise, c'est le "transitioning away" des énergies fossiles qui a été adopté.

Passons maintenant aux vœux. **Premier vœu** : ne pas agir à un coût élevé. Il entraînerait un réchauffement de 3,5°. Le coût des catastrophes naturelles qui en résulteraient (notamment les inondations et les ouragans) s'élèverait à environ 260 milliards d'euros par an pour la seule France (=10 % du PIB, selon l'Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie (ADEME). Pour limiter le réchauffement de la planète à 1,5 degré, il faut tripler la production d'énergies renouvelables d'ici 2030 et garantir les matières premières nécessaires à cette production. Les pays en développement sont particulièrement dépendants des énergies fossiles : en raison de leurs ressources financières limitées, ils doivent être aidés. Le fonds Altérra, décidé à Dubaï, doit mobiliser 250 milliards de dollars d'ici 2030, en partenariat avec des investisseurs privés comme Blackrock. Jusqu'à présent, il s'agit d'environ 60 milliards, dont la moitié provient des Émirats eux-mêmes, qui passent ainsi du statut de pays bénéficiaire - à celui de pays donateur. Une stratégie européenne commune (franco-allemande) n'était pas perceptible. Il est grand temps que des propositions communes soient formulées en amont de la prochaine COP (en novembre 2024 à Bakou) afin d'atteindre la neutralité CO2 souhaitée par tous.

**Second vœu:** l'émigration climatique et économique va augmenter, surtout en provenance d'Afrique. La population africaine va presque doubler d'ici 2050, passant de 1,3 milliard actuellement à 2,5 milliards. Il est dans notre intérêt de créer des emplois sur place. En juin 2023, à Paris, à l'invitation d'Emmanuel Macron, il y a eu une initiative pour un nouveau pacte financier mondial afin d'alléger le fardeau de la couronne et de la hausse des taux d'intérêt des pays du Sud. En novembre, le sommet du G20 "Compact with Africa" a suivi à Berlin, à l'invitation d'Olaf Scholz, afin de promouvoir les investissements dans le Sud. Continuez comme ça !

**Troisième vœu :** pour "The Economist", le plus grand danger pour l'année à venir est la réélection de Donald Trump, qui nous testera, nous Européens, avec "America First", que ce soit en Ukraine ou sur les questions économiques. Vladimir Poutine a levé l'interdiction des essais nucléaires (le 2 novembre) et fait le pari de la réélection de Donald Trump, qui annonce la paix en cessant de soutenir l'Ukraine. C'est pourquoi les républicains bloquent déjà l'adoption du budget américain. Pour une plus grande indépendance européenne, la France devra soutenir davantage l'Ukraine et l'Allemagne devra se positionner clairement en faveur de projets d'armement franco-allemands (du char à l'avion de combat).

#### Aide à l'Ukraine (chiffres en milliards d'Euros)

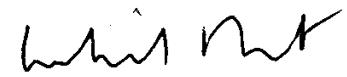
	Aide totale	financière	humanitaire	militaire
<b>Total</b>	<b>247,1</b>	<b>132,7</b>	<b>16,7</b>	<b>97,8</b>
<b>Etats-Unis</b>	<b>75,4</b>	26,4	2,7	<b>46,3</b>
GB	<b>13,8</b>	6,4	0,6	6,9
<b>UE y compris pays membres</b>	<b>131,9</b>	83,7	8,4	<b>41,4</b>
UE	<b>81,4</b>	79,1	2,3	
Allemagne	<b>22,1</b>	1,5	2,6	18,1
France	<b>1,8</b>	0,8	0,4	<b>0,6</b>
Norvège	<b>7,6</b>	3,7	0,2	3,8

(Source: Ukraine Support tracker, Kieler Institut für Weltwirtschaft, chiffres au 29 octobre 2023)

**Quatrième vœu :** l'attaque brutale du Hamas contre Israël a jeté une nouvelle lumière sur la cohésion de notre société. Les juifs se sentent à nouveau menacés chez nous : une honte ! Des citoyens issus de l'immigration (majoritairement islamique) s'identifient - en France comme en Allemagne - aux Palestiniens. Le message vidéo du vice-chancelier Habeck (<https://www.youtube.com/watch?v=ZBtAtsdco-8>) est remarquable, car il met en perspective les événements du Proche-Orient et leurs répercussions sur la société allemande. En France, les troubles avaient déjà conduit à l'annulation de la visite d'Etat d'Emmanuel Macron en Allemagne en juin. Un échange plus intense sur l'intégration, une attitude commune face à l'immigration sont les impératifs des années à venir, la meilleure réponse aux discours populistes du dimanche et pour créer un bon climat pour l'immigration nécessaire. Pour atténuer la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, l'Allemagne a besoin de 400 000 immigrés... par an : comme l'a justement écrit le gérant de la Frankfurter Allgemeine Gerald Braunberger à propos de l'article "Populist Leaders and the Economy" le 10 décembre : "*en matière de politique économique, le populisme est une mauvaise alternative*".

**Cinquième vœu :** le 9 juin, le nouveau Parlement européen sera élu. Les radicaux de droite veulent devenir la deuxième force politique du Parlement. Meloni l'a emporté en Italie, Wilders aux Pays-Bas. En France, le Rassemblement national exulte après l'adoption de la loi sur l'immigration et s'affirme comme première force politique. En Allemagne, Pirna a élu le 17 décembre le premier maire d'une grande ville de l'AfD, désormais clairement le deuxième parti dans les sondages, et devrait recevoir une nouvelle impulsion en 2024 lors de trois élections régionales dans les nouveaux Länder. Espérons que l'Allemagne et la France parviendront à formuler une vision européenne commune qui permette à notre modèle de société de s'affirmer dans la compétition internationale.

**Sixième vœu :** Dans cet esprit, je vous souhaite une bonne et heureuse année !



Christophe Braouet